

Herr Ebbinghaus fragt, ob das Industrie- und Gewerbeflächenkonzept Oberberg wirklich notwendig ist und ob es für die Bevorratung nicht ausreicht, die bereits vorhandenen Flächen auszuweisen. Radevormwald hat im Gegensatz zu anderen Kommunen in Oberberg noch genügend Flächen für Gewerbegebiete, von denen Hückeswagen nur einen Bruchteil nutzen könnte.

Herr Geyer, Geschäftsführer des Büros Stadt- und Regionalplanung Dr.Jansen, erklärt, dass es eine freiwillige Entscheidung der Stadt ist sich an dem Konzept zu beteiligen. Sein Anliegen ist es, der Stadt ein Mehr an Entscheidungsmöglichkeiten zu geben, Gewerbe- und Industrieflächen langfristig zu disponieren. Es besteht von keiner Seite eine Verpflichtung, diese Bauleitplanung einzuleiten, ist die freie Entscheidung der Stadt. Die Planung wird einen Zeitraum bis 2035 umfassen. Eine Verpflichtung, Flächennutzungs-/Bebauungspläne zu schaffen, erwächst aus dem zur Entscheidung vorgelegten Beschluss nicht. Er wirbt darum, nicht nur Radevormwald im Blick zu haben, sondern regional zu denken. Man wird es nicht 100%-ig schaffen, den Nachweis zu führen, dass Radevormwald alle vorgehaltenen Flächen benötigt. Falls keine Bedarfe aus Nachbarstädten, z.B. Hückeswagen, mit abgedeckt werden, werden nicht alle Flächen von der Bezirksregierung in die Regionalplanung aufgenommen werden. Der Fortzug von Firmen aus Nachbarstädten, z. B. Hückeswagen hat auch Auswirkungen auf Radevormwald. Darum ist es sinnvoll, in regionaler Abstimmung Flächendispositionen für die Zukunft vorzunehmen. Entscheidet man sich nicht für diese Flächenausweisung, kann man diese Flächen später nicht entsprechend nutzen.

Herr Haselhoff erinnert daran, dass der Rat beschlossen hat, das Gewerbegebiet Ost nicht zu erweitern.

Herr Bornewasser stellt für die Grünen fest, dass der Natur- und Umweltschutz nicht ausreichend in dem Konzept berücksichtigt ist und man schwere Bedenken hat. Teile der geplanten Flächen fallen in die Zuständigkeit der Stadt Hückeswagen, so dass man ohnehin keine Einflussmöglichkeiten hat. Daher wird sich die Fraktion der Grünen bei Abstimmung enthalten.

Herr Ebbinghaus beantragt, über alle Punkte en bloc abzustimmen. Dem stimmt der Rat einheitlich zu.